

Tierschutz statt Tierfabriken

17/2

Uns geht's ums Ganze.
www.gruene-bundestag.de

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
BUNDESTAGSFRAKTION



Irrweg Tierfabriken

In vielen Regionen schießen die Tierfabriken in den letzten Jahren förmlich aus dem Boden. Besonders in Ostdeutschland sehen Investoren günstige Voraussetzungen für Großanlagen zur Schweinemast mit bis zu 80.000 Tierplätzen. In Westdeutschland boomen Planungsvorhaben für die Hähnchen- und Putenmast. Begründet werden die Projekte mit neuen Exportchancen in Schwellenländer sowie gering ausgelasteten Schlachthöfen und Futtermittelwerken. Dass schon heute viele Mäster ohne Kostendeckung arbeiten und dass für Schweinefleisch Exportsubventionen gefordert werden, wird verschwiegen. Zudem wird neben dem großen Leid für die Tiere auch die Zerstörung bäuerlicher und mittelständischer Betriebe sowie regionaler Kreisläufe in Kauf genommen und mit der Schädigung von Umwelt, Klima und Natur teuer bezahlt.

Wir Grüne setzen dagegen auf das Konzept der tier- und umweltgerechten Qualitätslandwirtschaft, die den Bedürfnissen der Tiere und der Landwirte, der Anwohner und der Verbraucher entspricht.



Foto: W.Happertz/legenda

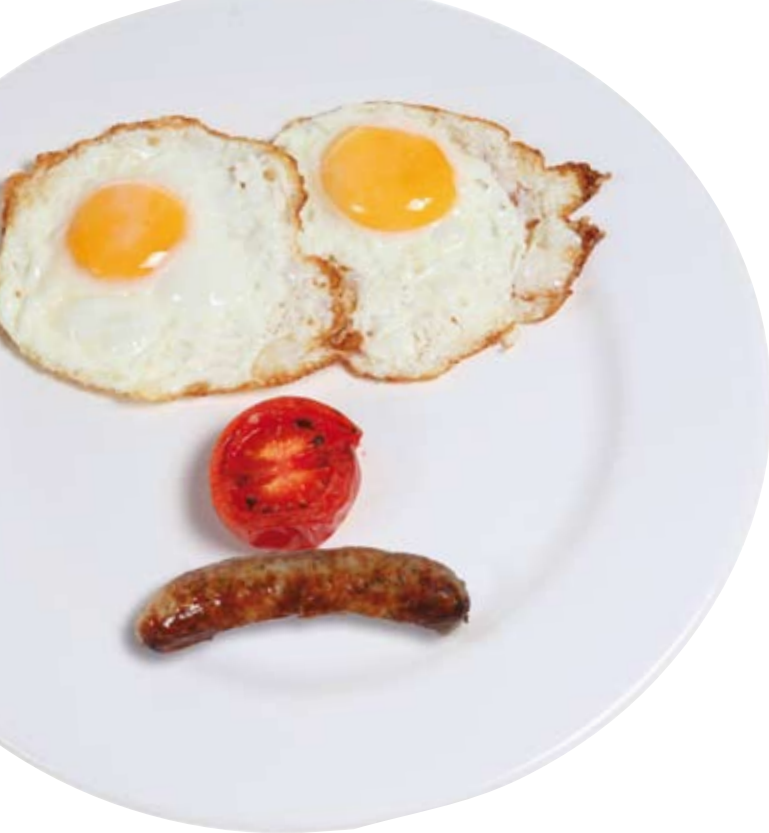
Massentierhaltung = Megasauerei

Industrielle Tierproduktion ist das Gegenteil von artgerechter Haltung. Sie bedeutet einen schweren Eingriff ins Ökosystem mit erheblichen Konsequenzen für Umwelt und Menschen. Unser Naturerbe und die biologische Vielfalt werden gefährdet. Durch Nährstoffanreicherung und Nitratbelastung, Schwermetalle sowie Pharmarückstände entsteht die Gefahr der Vergiftung von Böden, Oberflächengewässern und Grundwasser. Klima und Luft werden mit Ammoniak, Lachgas, Methan und anderen Schadgasen sowie durch Pilze, Bakterien und Viren belastet.

Die Anwohnerinnen und Anwohner müssen gesundheitliche Risiken und die Minderung ihrer Lebensqualität durch Gestank verkraften. Immerhin produzieren 80.000 Schweine so viele Exkremente wie 180.000 Menschen. In den Niederlanden führte dies bereits dazu, dass die Tierhaltung über die Vergabe von Verschmutzungsrechten begrenzt wird. In Deutschland werden diese „Sauereien“ bei der Standortsuche und den Genehmigungsverfahren noch immer nicht angemessen berücksichtigt.



Foto: A.Regg/TISUM



Tierquälerei schmeckt nicht

Zahllose Berichte über tierquälnerische Haltungsbedingungen und Lebensmittelskandale haben das Bewusstsein der Konsumenten für artgerechte Tierhaltung geschärft. Sie legen zunehmend Wert auf Qualität, wollen wissen, woher ihre Lebensmittel stammen und wie sie erzeugt und verarbeitet werden. Die Haltung von zehntausenden Tieren in Großanlagen wollen sie nicht.

Denn Großmastanlagen haben mit Landwirtschaft nichts mehr zu tun. Es sind Fabriken, abgeriegelte Hochsicherheits-trakte. Schweine werden auf Spaltenböden unter Dauerdämmerlicht zusammengepfercht, ohne Bewegungsfreiheit, oftmals verkotet und von Parasiten oder Hautkrankheiten befallen. Mastputen können ihr eigenes Gewicht nicht mehr tragen, die überlasteten Knochen brechen. Tausende Tiere sterben noch vor der Fahrt zum Schlachthof.

Wir Grüne haben wesentlich dazu beigetragen, dass der Tierschutz als Staatsziel im Grundgesetz verankert wurde. Jetzt gilt es, diesen Anspruch in die Praxis umzusetzen. Artgerechte Haltung ist ein zentrales Feld grüner Tierschutzpolitik.



*„Die Rechte der Tiere zu achten –
das ist auch gut für die Verbraucher,
die Umwelt und
die regionale Entwicklung.“*

Undine Kurth MdB
Sprecherin für Tierschutz-
und Naturschutzpolitik



Nur artgerechte Tierhaltung ist zukunftsfähig

Ernährungswissenschaftler empfehlen lediglich ein Viertel unseres heutigen Fleischkonsums. Unser Tipp für den Fleischverzehr: Weniger, aber qualitativ besseres Fleisch. Die Nachfrage nach Fleisch, Wurst, Eiern und Milchprodukten kann und sollte aus artgerechter regionaler Produktion gedeckt werden. Die ökologische und artgerechte Tierhaltung verzichtet auf Intensivmastmethoden, Hochleistungszucht und den Einsatz von Antibiotika zur Leistungssteigerung: Sie setzt auf Transparenz, damit verdient sie sich das Vertrauen der Verbraucher.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung setzt verschärft fort, was Schwarz-Rot bereits begonnen hatte, um industrielle Tierhaltung zu erleichtern: Das grüne Käfigverbot für Legehennen wurde gekippt, die Schweinehaltungsverordnung abgeschwächt und Umweltverträglichkeitsprüfungen eingeschränkt.

Wir Grüne wollen dies verhindern. Wir engagieren uns gegen die geplanten Tierfabriken und für eine ökologische und tiergerechte Landwirtschaft – im Interesse der Regionen und ihrer Menschen und im Interesse der Umwelt und der Tiere.

Idylle mit Gülle?

Der naturnahe Tourismus ist eines der großen Entwicklungspotenziale ländlicher Räume. Hier entstehen sichere, standortgebundene Arbeitsplätze. Dazu müssen aber die Naturräume ihre touristische Attraktivität bewahren.

Industrielle Tiermastanlagen verschandeln die Schönheit des Landschaftsbildes und verpesten die frische Luft ländlicher Regionen. Der Schwerlastverkehr – Futter-, Schlachtier- und Gülletransporte – stört Ruhe und Idylle. Weil wir uns für die natur- und kulturtouristische Erschließung der ländlichen Regionen einsetzen, lehnen wir Großanlagen zur Schweinehaltung und Geflügelmast ab. Sie werfen eine Region und ihre Menschen in der wirtschaftlichen Entwicklung weit zurück.

Dem Boom von Massentierhaltungsanlagen im ländlichen Raum wird durch eine zu großzügige Auslegung der Bestimmungen über das privilegierte Bauen im Außenbereich im Baugesetzbuch Vorschub geleistet. Tierfabriken werden heute bei der Genehmigung wie Bauernhöfe behandelt. Diesem Vorgehen wollen wir Grüne mit einer Änderung des Baugesetzbuches einen Riegel vorschieben.

Arbeitsplätze auf dem Land

Die Befürworter von industriellen Tierhaltungsanlagen argumentieren mit neuen Arbeitsplätzen für die Region. Die Wahrheit ist jedoch eine andere: Den wenigen neuen Arbeitsplätzen steht der Verlust vieler Arbeitsplätze im bäuerlichen Mittelstand gegenüber. Zudem werden infolge des Imageverlustes einer Region mit intensiver Massentierhaltung bisherige und zukünftige Investitionen in eine nachhaltige Regionalentwicklung gefährdet.

Tatsächlich entstehen durch artgerechte Tierhaltung in bäuerlichen und mittelständischen Betrieben bedeutend mehr und attraktivere Arbeitsplätze. Es gilt also umzusteuern, von einer Politik industrieller Tierproduktion hin zu einer zukunftsfähigen, nachhaltigen und artgerechten Tierhaltung.

Ob dies gelingt, entscheidet auch unser aller Konsumverhalten. Verbraucherorientierte, ökologische und artgerechte Tierhaltung hat nur dann am Markt eine Chance, wenn die Verbraucher bereit sind, einen angemessenen Preis dafür zu zahlen.



Foto: R. Weisfogel

„Artgerechte Tierhaltung auf Bauernhöfen ist die grüne Alternative zu Massentierhaltung in Tierfabriken.“

Friedrich Ostendorff MdB, Sprecher für Agrarpolitik

Unsere grünen Forderungen:

- » Staatsziel Tierschutz im Tierschutzrecht und im Rechtsvollzug konsequent umsetzen;
- » Artgerechte Tierhaltung in der Gesetzgebung und der landwirtschaftlichen Praxis verankern: Verbot der Käfighaltung von Legehennen, Durchsetzung von tiergerechten Haltungsvorschriften für alle Nutztierarten, Änderung im Bau- und Immissionsrecht;
- » Keine staatliche Förderung industrieller Tierhaltung;
- » Förderung von tier- und umweltgerechter bäuerlicher Landwirtschaft;
- » Attraktivität des ländlichen Raums erhalten und nutzen;
- » Mehr Arbeitsplätze durch nachhaltige Regionalentwicklung schaffen.

Noch Fragen?

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Friedrich Ostendorff MdB, Sprecher für Agrarpolitik

Undine Kurth MdB, Sprecherin für Tierschutz- und
Naturschutzpolitik

Arbeitskreis 2: Umwelt, Energie, Verbraucher und Verkehr

T. 030/227 56789, F. 030/227 56552

info@gruene-bundestag.de

Zum Weiterlesen:

Ein neues Tierschutzgesetz (Reader 16/207)

Bundestagsdrucksachen:

Änderung des Baugesetzbuches – Beschränkung der Massentierhaltung im Außenbereich (17/1582)

Export von lebenden Schlachttieren (17/165)

Link:

» www.gruene-bundestag.de » Themen A-Z » Agrar

» www.gruene-bundestag.de » Themen A-Z » Tierschutz

Diese Veröffentlichung informiert über unsere parlamentarische Arbeit im Deutschen Bundestag. Sie darf im Wahlkampf nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

Impressum:

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Gestaltung: Jakina U. Wesselmann

Stand: Juni 2010

Schutzgebühr: 0,05 €